

EUROPÄISCHE ÜBERWACHUNGSUNION?

Information zum Pressegespräch 5.6.2007

Die Telefon- und Internetdatenspeicherung aller BürgerInnen, ohne konkrete Verdachtsmomente, stellt den bisher massivsten Eingriff in das durch die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) garantierte Recht auf unbeobachtete Kommunikation dar.

Das Gesetzesvorhaben wird als Umsetzung einer EG-Richtlinie verkauft, tatsächlich gehen jedoch Umfang und Nutzung der aufgezeichneten Daten weit über die Richtlinie hinaus. Auch vage Verdachtsmomente sollen in Zukunft die massenhafte Auswertung der Daten rechtfertigen, tausende Bürger werden zukünftig regelmäßig verdächtigt.

GROßE ABLEHNUNG IN DER BEGUTACHTUNG

Mit 21.5.2007 endete zwar die Begutachtung des Beamtentwurfs, doch noch bis jetzt langen Stellungnahmen - großteils ablehnender Art - ein.

Insgesamt 36 Stellungnahmen wurden abgegeben, 15 mit Grundsatzbedenken, 2 hatten Kostenbedenken, 4 sonstige Bedenken. 9 mal wurde die Forderung nach Senkung des Strafniveaus für den Datenzugriff erhoben (Musik-/Filmindustrie), 6 hatten keine Bedenken.

Ungewöhnlich, dass auch einzelne Bürger und Unternehmen Stellungnahmen abgegeben haben.

AUSWIRKUNGEN DES VORHABENS

Die **grundrechtlichen Auswirkungen** sind noch nicht abschätzbar, insbesondere kann es dazu führen, dass Auskunftspersonen Telefon- und eMailkontakte mit gefährdeten Personen (Journalisten, NGOs, Minderheiten, ...) meiden, auch die Musikindustrie wird versuchen das Gesetz für neue Abmahnwellen zu nutzen.

Insbesondere bei den Telekom- und Internetanbietern würde das Gesetz enorme **organisatorische Auswirkungen** haben, da diese Unternehmen einen Teil der Daten bisher gar nicht aufzeichneten.

Hohe Unsicherheit herrscht bei den **finanziellen Auswirkungen**, hier werden für die Gesamtkosten, Aufbau der Speicherinfrastruktur, laufende Speicherung und Datenzugriff und Auswertung der Daten Kosten in dreistelliger Millionenhöhe vermutet.

Die **sicherheitspolitischen Auswirkungen** werden gering sein, da es für jene Gruppen, die "etwas zu verbergen haben" leicht fallen wird, die Datenspeicherung zu umgehen.

AKTION

Mit <http://www.freenet.at> hat die ARGE DATEN eine Plattform geschaffen, über die die verantwortlichen Politiker (Abgeordnete und Minister) direkt per Mail angeschrieben werden können. In den letzten Wochen haben diese Möglichkeit hunderte Personen genutzt.

IST DIE VORRATSDATENSPEICHERUNG SCHON GELAUFEN?

- Auf politischer Ebene sollte das **Gesetzesprojekt gestoppt** werden und geprüft werden, in welchem Umfang die anderen EU-Länder die Umsetzungen durchführen. Jedenfalls sollten die laufenden EUGH-Verfahren abgewartet werden.
- Auch ein **Vertragsverletzungsverfahren** könnte ohne große Probleme "riskiert" werden, besteht doch die Möglichkeit auch noch während eines derartigen Verfahrens einzulenken und zu einem Kompromiss zu kommen. Der Vorteil wäre

jedenfalls, dass wirklich nur ein Minimum zum letztmöglichen Zeitpunkt umgesetzt wird.

- Auch würde es die Richtlinie erlauben, Telefonanschlüsse verschiedenster Berufsgruppen, etwa Journalisten, Anwälte, Hilfsorganisationen, Ärzten, ... von der Vorratsdatenspeicherung auszunehmen und damit die Vertraulichkeit der Kommunikation zu wahren.
- Österreich hat eine Fülle von Vertragsverletzungsverfahren laufen, unter anderem auch bei der Umsetzung der Datenschutz-Richtlinie. Es ist nicht notwendig **Musterschüler bei der Überwachung** zu spielen.
- Individuell kann nach Einführung der Bestimmungen jeder betroffene Österreicher über die Verletzung seiner Grundrechte die **Datenschutzkommission**, den **Verfassungsgerichtshof** und letztlich den **Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte** anrufen.

ÜBERWACHUNGSUNION EUROPA

Die Vorratsdatenspeicherung (Data-Retention) ist nur das spektakulärste und wohl auch unsinnigste Überwachungsprojekt in Europa.

Bekannte sicherheitspolitische und äußerst fragwürdige Fälle sind die **Fluggastdatenweitergabe** an die USA und der US-Zugriff auf **SWIFT**-Daten.

Ziel dieser Aktionen ist es offenbar, den an sich ambitionierten Grundrechtsschutz der Bürger aus den 90er-Jahren (Stichwort: EG-Richtlinie Datenschutz) aufzuweichen.

Weniger spektakulär, aber tiefgreifend sind Bestrebungen, für die "dritte Säule", die Sicherheitspolitik, nur mehr "**Datenschutz light**" vorzusehen.

Geplant ist auch die **EU-weite Vernetzung und Verwendung aller Behördendaten**, egal zu welchem Zweck sie gesammelt wurden, durch alle andere Behörden.

Problematisch sind auch die bestehenden **Datenaustauschprogramme** im Rahmen von **SCHENGEN**, die zwar einen Informationsaustausch vorsehen, aber keine Harmonisierung der Delikte und Straftaten.

Teilnehmer des Pressegesprächs

Univ.Prof. Dr. Hannes TRETTER, Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte

Hans ZEGER, Mitglied des Datenschutzrates, ARGE Daten

Alexander ZACH, Abgeordneter zum Nationalrat, Liberales Forum (LIF)

ARGE DATEN - Österreichische Gesellschaft für Datenschutz

1160 Wien, Redtenbachergasse 20

fon 0676/9107032 fax 01/4803209 info@argedaten.at

<http://www.freenet.at>

Wien 2007-06-05